

## Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller und der Fraktion der AfD

### Digitaler Staat für mehr Nachhaltigkeit — Digitalministerium als verantwortliche, oberste Bundesbehörde

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zu den großen Herausforderungen der Gegenwart gehört die Bewältigung des Umwelt- und Klimaschutzes. Die Digitalisierung kann hierbei einen tiefgreifenden Einfluss nehmen: „Das künftige Schicksal der planetarischen Umwelt wird massiv vom Fortgang der digitalen Revolution abhängen“ ([www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2019/pdf/wbgu\\_hg2019.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2019/pdf/wbgu_hg2019.pdf); S. 1). Die staatliche Gestaltung der Digitalisierung erfordert daher zum einen eine Bündelung in einem verantwortlichen Digitalministerium als oberste Bundesbehörde und zum anderen eine prioritäre und transparente Finanzierung. Gerade im Hinblick auf die Finanzierung wurde in den Haushaltsdebatten zum Bundeshaushalt deutlich, welche Zersplitterung der Digitalkompetenz in Deutschland vorherrscht. Besorgniserregend ist vor allem der Umstand, dass es bislang kein gesondertes Digitalbudget im Bundeshaushalt gibt. Was als Digitalisierungsprojekt der Bundesregierung gilt, ist oft schwer nachvollziehbar, da die Projekte den Einzelplänen der betreffenden Bundesministerien zugeordnet sind ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/digitalisierung-kanzler-amschef-braun-drueckt-bei-digitalministerium-aufs-tempo/25263928.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/digitalisierung-kanzler-amschef-braun-drueckt-bei-digitalministerium-aufs-tempo/25263928.html)).

Neben den existierenden Bundesministerien beschäftigen sich zahlreiche nachgeordnete Behörden und sonstige Einrichtungen wie Kommissionen, Räte, Bundesagenturen, bundeseigene Gesellschaften (GmbHs) sowie auch ausgelagerte Gremien mit den verschiedenen Strategien der Bundesregierung und der Umsetzung der digitalen Agenden. Die Zuständigkeiten in der Digitalpolitik der Bundesregierung verteilen sich derzeit auf 14 Bundesministerien und stellen somit ein sehr komplexes Verantwortungs- und Aufgabengeflecht dar (Drucksache 19/1039, Frage 50). Die Digitalisierung als Querschnittsthema, welche alle Bereiche der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft beeinflusst, kann somit weder für die Zukunft Deutschlands noch für die eingangs erwähnte planetarische Umwelt ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Erforderlich ist daher ein federführendes Bundesdigitalministerium in Deutschland, das die Digitalpolitik der Bundesregierung in einem eigenständigen Ressort bündelt und die Digitalisierung verantwortlich vorantreibt. Die parlamentarische Kontrolle soll durch den bereits existierenden und gestärkten Ausschuss Digitale Agenda des Bundestages durchgeführt werden. Beenden wir daher den Kompetenzwirrwarr und schaffen wir ein eigenständiges Bundesdigitalministerium für Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

ein eigenständiges Bundesdigitalministerium mit folgenden Aufgaben einzurichten:

- Aufstellen eines haushalterischen Einzelplans für Digitalpolitik,
- Gesamtkoordination des E-Government und der IT-Konsolidierung des Bundes,
- digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für nachhaltigen Wohlstand und Schutz von Umwelt und Klima,
- Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien für den Wirtschafts- und Forschungsstand Deutschland.

Berlin, den 11. September 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## **Begründung**

Ein eigenständiges Bundesdigitalministerium verfügt über eigene Haushaltsmittel und damit über exekutive Möglichkeiten und Verantwortungskompetenz. Digitale Kompetenzen und Ressourcen aller existierenden Bundesministerien müssen daher in einem eigenständigen Bundesdigitalministerium gebündelt werden. Ein federführendes Bundesdigitalministerium soll die Einführung digitaler Technologien, wie zum Beispiel Quantencomputing, Distributed Ledger oder KI federführend verantworten und eine zukunftsorientierte Governance-Struktur für nachhaltigen Wohlstand und Umweltschutz erschaffen. Deutschland darf seinen Wirtschaftsstandort aufgrund einer zersplitterten Gremienlandschaft nicht schwächen, sondern sollte aufgrund seiner innovativen Möglichkeiten eine Führungsposition in Europa für nachhaltiges, digitales Wirtschaften übernehmen.

Durch den Umstand, dass im Bundeskanzleramt die Digitalpolitik lediglich koordiniert wird, während die Fachministerien für die operative Umsetzung zuständig sind, verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmend an Attraktivität. Im Rahmen der Haushaltsdebatten konnten bisher ferner keine konkreten Zahlen in Bezug auf die finanzielle Ausgestaltung der Digitalpolitik getroffen werden. Das offensichtliche Gegeneinander einzelner Bundesministerien (allen voran BMI, BMVI und BMWI) erschwert eine wirksame Koordinierung zusätzlich. In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD (Drucksache 19/10097) schloss die Bundesregierung die Errichtung eines Digitalministeriums jedoch explizit aus.

Die Digitalisierung wurde schon 2013 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Chefsache erhoben. Dennoch ist die „Chefsache“ nach wie vor eine offene Baustelle. In internationalen Vergleichen zur Digitalisierung ist Deutschland meist abgeschlagen und verschlechtert seine Position teilweise sogar.